

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Aktionsprogramm gegen Lehrermangel

In den kommenden fünf Jahren werden im Land Bremen bei steigenden Schülerzahlen mehr als 30 % der 6.500 Lehrerinnen und Lehrer in den Ruhestand gehen. Nach jahrelangem Einstellungsstopp, fehlender Werbung, schlechter Bezahlung und langen Wartezeiten für das Referendariat fehlt der Nachwuchs für den Lehrerberuf, nicht nur in Bremen, sondern bundesweit.

Schon jetzt gibt es bei den Sonderpädagogen/-innen und in den beruflichen Fachrichtungen weniger Bewerber/-innen als freie Stellen, im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich, in den Fremdsprachen Englisch und Spanisch wird sich die Situation in Kürze genauso darstellen.

Der Senat hat sich bisher im Wesentlichen darauf beschränkt, dem drohenden Lehrermangel durch Verbeamtung und Erhöhung der Referendarsplätze entgegenzutreten.

Diese Maßnahmen allein werden das Problem der seit Jahren absehbaren Mangelsituation nicht lösen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unverzüglich für die Jahre 2002 bis 2005 ein „Aktionsprogramm gegen Lehrermangel“ mit folgenden Eckpunkten aufzulegen:

- kurzfristige Ausweitung des Lehrer-Einstellungskorridors und Wiederbesetzung aller freiwerdenden Stellen,
- bundesweite Werbekampagne für ein Lehramtsstudium an der Bremer Universität — und vor allem in den naturwissenschaftlichen Fachrichtungen —, mit dem Ziel junge Menschen frühzeitig an Bremen zu binden,
- Verkürzung des Referendariats auf 18 Monate,
- sofortige Anhebung der Referendarsbezüge in Absprache mit den anderen Bundesländern, um die Lehrerausbildung attraktiver zu machen,
- Werbung in anderen EU-Staaten für eine Lehrtätigkeit in Bremen, um für den Fremdsprachenunterricht — besonders in den Mangelfächern Englisch und Spanisch — muttersprachliche Lehrer/-innen zu gewinnen,
- Programm zur Qualifizierung (älterer) arbeitsloser Fachkräfte und Meister in Kooperation mit dem Arbeitsamt für den Schuldienst, insbesondere für den IT- und berufsbildenden Bereich,
- Kooperationsverträge mit der Privatwirtschaft zum Einkauf von Fortbildungen und die befristete Entsendung von Fachkräften in den Engpassbereichen,

- Entwicklung eines Programms „Geld statt Stellen“, mit dem es Schulen ermöglicht wird, über eine neu zu gründende Beschäftigungsagentur qualifiziertes Personal für Mangelfächer ihren Bedarfen entsprechend auf Zeit zu beschäftigen.

Mützelburg,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen